Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/159

13. 02. 81

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Februar 1981

am Donnerstag, dem 19. Februar 1981

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erfahrungen vor, inwieweit die Vermieter zunehmend im Hinblick auf das Datenschutzgesetz Schwierigkeiten haben, Mieterhöhungsverlangen durch den Nachweis einzelner vergleichbarer Wohnungen zu begründen, und sieht sich die Bundesregierung wegen dieser Schwierigkeiten zu einer Änderung dieser Bestimmung veranlaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist es weniger eine Folge ungelöster technischer Fragen als vielmehr ein Problem fehlender politischer Grundsatzentscheidungen mit verläßlichen Orientierungsdaten, wenn sich heute noch nicht abzeichnet, wann, wie und in welchem Ausmaß es zu einem Ersatz des aus Mineralöl gewonnenen Kraftstoffs kommen wird und ob in Zukunft für herkömmliche Antriebe Alternativen zur Verfügung stehen werden, wie der VdA (siehe VDI-Nachrichten vom 6. Februar 1981) meint?

3. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche politischen Entscheidungen bilden danach nach Meinung der Bundesregierung eine wesentliche Voraussetzung für zuverlässige Wirtschaftlichkeitsberechnungen und die Abschätzung der Marktchancen, an denen sich dann die risikobehafteten und kostspieligen Investitionsentscheidungen ausrichten könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

4. Abgeordneter **Zierer** (CDU/CSU)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Zeitungsberichte zu, nach denen ein in der Entwicklungshilfe tätiger deutscher Buchhalter in Kenia – der durch speziell ausgebildete Einheimische leicht ersetzt werden könnte – den deutschen Steuerzahler seit Jahren ca. 1 000 DM pro Tag kostet und sein Vertrag weiter verlängert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Menge an schwachradioaktiven Abfällen ist seit Schließung des Salzlagers Asse oberirdisch aufgelaufen, und welches ist ihr jährlicher Zuwachs?

6. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Nach welchem Konzept beabsichtigt die Bundesregierung, diese leichtradioaktiven Abfälle durch Endlagerung zu beseitigen, und sieht die Bundesregierung in der rückholbaren Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle, wie sie am 30. April 1979 von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung für das Salzbergwerk Asse nach § 3 der Strahlenschutzverordnung beantragt wurde, noch eine durchführbare Maßnahme zur Vermeidung großer oberirdischer Sammelstellen für leichtaktive Abfälle?

7. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß auf Veranlassung der Bundesregierung seit einiger Zeit der Chef der „Westabteilung" der SED, Herbert Häber, sowie dessen Stellvertreter während ihrer Tätigkeit innerhalb des Bundesgebiets von den zuständigen Abwehrorganen nicht mehr observiert werden dürfen, und treffen neue Presseberichte zu, daß ein Erlaß des Bundesinnenministers vorgesehen ist, die Überwachung von kommunistischen Funktionären, die im Auftrag der SED in der Bundesrepublik Deutschland umherreisen, völlig abzuschaffen?
8. Abgeordneter **Fellner** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die „Westabteilung" des Zentralkomitees der SED für ein Organ, dessen vorrangiges Ziel die Bekämpfung und Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt, und trifft es zu, daß die SED über diese Westabteilung ihres Zentralkomitees z. B. die Deutsche Kommunistische Partei nicht nur ideell sowie politisch-ideologisch, sondern auch materiell unterstützt und operativ anleitet?
9. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)	Wie begründet die Bundesregierung die Gewährung der oberstbehördlichen Stellenzulage („Ministerialzulage"), insbesondere unter dem Aspekt, daß sie auch für Tätigkeiten mit nur relativ geringer Verantwortlichkeit gewährt wird?
10. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, mit dem Ziel einer differenzierten Besoldung unterschiedlicher Tätigkeiten und einer vergleichbaren Besoldung sich entsprechender Tätigkeiten, eine Überprüfung des Zulagenwesens vorzunehmen?
11. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) (vgl. Frankfurter Rundschau vom 26. Januar 1981), daß ein Verbot von Cadmium und Asbest weder aus umweltpolitischen noch wirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen sei?
12. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, durch gesetzgeberische Maßnahmen Konsequenzen aus den vorliegenden Asbest- und Cadmiumberichten des Umweltbundeamts zu ziehen, und wann ist mit ihnen zu rechnen?
13. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob – wie in Pressemeldungen berichtet – die radikalen Schlägertrupps, die in letzter Zeit in mehreren deutschen Großstädten erhebliche Verwüstungen angerichtet haben, zu 20 bis 25 v. H. aus Leuten bestehen, die ihren Lebensunterhalt aus staatlichen Förderungsmitteln für Studenten oder aus sonstigen staatlichen Zuwendungen bestreiten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß Ausschreitungen von diesem Personenkreis in Zukunft vermieden werden?
14. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung zur Vermeidung von besonderen Härten die Abgabepflichtigen im ostbayerischen Grenzland von der Abgabepflicht durch Rechtsverordnung nach § 9 Abs. 6 des Abwasserabgabengesetzes bis 31. Dezember 1989 freistellen?

15.	Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)	Wann ist mit einem Erlaß einer Großfeuerungsanlagen-Verordnung oder einer entsprechenden Änderung der TA Luft zu rechnen?
16.	Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)	Wie viele Schwerbehinderte im Sinne des Schwerbehindertengesetzes waren beim Bundesinnenministerium am 1. Januar 1975 und wie viele am 1. Januar 1981 dort beschäftigt?
17.	Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)	Wie viele dieser Schwerbehinderten sind in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis zum 1. Januar 1981 neu eingestellt worden, wie viele der bereits im Bundesinnenministerium beschäftigten Mitarbeiter sind in dieser Zeit als Schwerbehinderte anerkannt worden, und wie viele der Schwerbehinderten wurden auf mehr als einem Pflichtplatz anerkannt?
18.	Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit des Polen-Verbands „Zgoda“, Bochum, der nach dem Rücktritt von Ignacy Lukaszczyk von dem erst ebenfalls vor wenigen Jahren als „Aussiedler“ in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen Ingenieur Wladyslaw Janik geleitet wird?
19.	Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)	Trifft es zu, daß der für den Reaktorsicherheitsbehälter des künftigen Kernkraftwerks Grohnde verwendete Stahl nicht den neuesten Sicherheitsbestimmungen entspricht?
20.	Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)	Wenn ja, warum ist der fast zweijährige Baustopp in Grohnde nicht dazu genutzt worden, die Bauelemente des Kernkraftwerks auf den neuesten Stand zu bringen?
21.	Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD)	Wird die Bundesregierung das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 11. Dezember 1980, mit dem festgestellt worden ist, daß das Abhören der Telefone des Schriftstellers Günter Wallraff rechtswidrig war, hinnehmen oder beabsichtigt sie, Rechtsmittel dagegen einzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

22.	Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung als Mitglied des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft, daß die Agrarpreisbeschlüsse vor Beginn des Wirtschaftsjahrs 1981/1982 (vor dem 1. April) gefaßt werden und die Verhandlungen sich auf keinen Fall bis zu einem Zeitpunkt nach dem 10. Mai 1981 hinziehen?
23.	Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen des Pressedienstes AGRA-EUROPE zu, wonach etwa 50 000 Tonnen Butter aus der EG über die französische Firma Interagra mit einem Zuschuß von 118 ECU (296 DM) auf dem Umweg über verschiedene Ostblockländer, auf kleinere Partien verteilt u. a. über Bulgarien an die Sowjetunion geliefert werden?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung unternehmen, damit derartige Exporterstattungen zur Verbilligung von EG-Butter für die Sowjetunion nicht mehr möglich sind, und ist die Bundesregierung bereit, bei der EG-Kommission in Brüssel darauf hin zu wirken, daß die jetzt bekanntgewordene Exporterstattung unterbunden wird?

25. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, welche Gründe dafür verantwortlich sind, daß die beabsichtigten und auch vereinbarten Nahrungsmittellieferungen nach Polen in nur geringem Umfang und äußerst schleppend abgewickelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

26. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Welche Pläne hat die Bundesregierung, den seit Februar 1959 höchsten Stand an Arbeitslosen in Ostfriesland abzubauen, nachdem Bundesminister Dr. Ehrenberg laut Pressemeldung in der Ostfriesen-Zeitung vom 4. Februar 1981 gezielte Hilfen im Laufe dieses Jahrs nicht ausschloß, die insbesondere der strukturschwachen Region Oldenburg/Ostfriesland zugute kommen müßten?

27. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Beschäftigungsverbote für Frauen auf Grund der geltenden Arbeitszeitordnung aus dem Jahr 1938 die Berufschancen der heute ins Erwerbsleben strebenden Frauen behindern?

28. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Welche Berufe, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen, sind für Frauen nicht zugänglich?

29. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mit mir überein, daß es eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der Propagierung des Modells der Bundesregierung „Mädchen in Männerberufen" und den bestehenden gesetzlichen Hemmnissen für die Beschäftigung von Frauen in diesen Berufen gibt?

30. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Liegt der Bundesregierung inzwischen das vom nordrhein-westfälischen Arbeits- und Gesundheitsminister angekündigte Gutachten zum Für und Wider schwerer Frauenarbeit vor, welches laut dpa vom 17. November 1980 dem Bundesarbeitsminister verbunden mit entsprechenden Vorschlägen zur Gesetzesänderung zur Verfügung gestellt werden soll, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

31. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Sinne der Empfehlung der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft für die Abschaffung des § 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung in Verbindung mit § 20 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung einzusetzen, und wann ist mit einer entsprechenden Gesetzesänderung zu rechnen?

32. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für notwendig, das Frauenarbeitsschutzrecht entsprechend den Erfordernissen des Artikels 3 des Grundgesetzes anzupassen, wie sie dies im Arbeitsvertragsrecht gemäß des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes für erforderlich gehalten hat?

33. Abgeordneter **Kalisch** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Härten bekannt, die dadurch entstehen, daß bisher zusammen mit ihren Ehemännern privat krankenversicherte Ehefrauen auf Grund von Teilzeitbeschäftigungen einerseits oft gegen ihren Willen ohne Befreiungsmöglichkeit krankenversicherungspflichtig werden und dadurch die Vorteile aus einem niedrigen Eintrittsalter in der privaten Krankenversicherung verlieren, andererseits aber infolge der Regelung durch das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz einen Familienhilfeanspruch für die gemeinsamen Kinder nicht erlangen?

34. Abgeordneter **Kalisch** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Härten dadurch auszuschließen, daß in derartigen Fällen künftig ein Befreiungsrecht eingeräumt wird, zumal die gesetzliche Krankenversicherung auf Grund oft niedriger Arbeitsentgelte bei weitem nicht immer einen kostendeckenden Beitrag erhält?

35. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wieviel Prozent der Zivildienstleistenden absolvieren nach Kenntnis der Bundesregierung Vorbereitungslehrgänge, und wie teilt sich diese Zahl nach Besuchern der Lehrgänge an Zivildienstschulen und bei freien Trägern auf?

36. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen mit Vorbereitungslehrgängen an Zivildienstschulen im Hinblick auf eine Verwendung der Zivildienstleistenden in den sozialen Diensten sind der Bundesregierung bekannt?

37. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts der knappen Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit für richtig, daß bei der Einweihung neuer Arbeitsämter wesentlich großzügiger als früher verfahren wird, wie das Beispiel Hagen zeigt (siehe Westfalenpost vom 10. Februar 1981), wo die Bewirtung nicht nur großzügiger gehandhabt, sondern darüber hinaus noch ein bekannter Fernsehunterhalter für eine Gage von 10 000 DM verpflichtet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

38. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, auf Grund der jüngsten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Zuckerungsmißbrauch bei der Weinerzeugung in einer Novellierung des Weingesetzes verschärfte Bestimmungen einzuführen, oder ist eine Liberalisierung bzw. Legalisierung vorgesehen?

39. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)	Gibt es noch keine konkreten Möglichkeiten, durch flexiblere Arbeitszeiten die Familienaufgaben besser mit den Anforderungen der Berufswelt zu vereinbaren?
40. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)	Welche rechtlichen oder politischen Möglichkeiten hat die Bundesregierung, solche konkreten Vorschläge in die Tat umzusetzen?
41. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)	Kann für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland davon ausgegangen werden, daß durch weitere Zulassung der Verwendung stark cadmiumhaltiger Düngemittel eine Gefährdung der Gesundheit der Verbraucher über die Nahrung, insbesondere über Gemüse, nicht zu befürchten ist?
42. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um eine Übersicht über die Lebensmittel zu gewinnen, von denen eine Gesundheitsgefährdung wegen eines überhöhten Cadmiumgehalts ausgehen könnte?
43. Abgeordneter **Gilges** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, bei welchen anderen Lebensmitteln außer Wildpilzen ein überhöhter Cadmiumgehalt zu erwarten ist?
44. Abgeordneter **Gilges** (SPD)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher getroffen, um den Verbraucher vor Lebensmitteln mit überhöhtem Cadmiumgehalt zu schützen?
45. Abgeordneter **Rayer** (SPD)	Reichen die bestehenden Emissionsvorschriften aus, um eine Zunahme des Cadmiums in den Lebensmitteln aus bestimmten Gebieten zu verhüten?
46. Abgeordneter **Rayer** (SPD)	Welche Rechtsvorschriften müssen geändert oder neu erlassen werden, um nach schwedischem Vorbild eine weitere Zunahme der Cadmiumgefährdung durch Lebensmittel zu verhüten?
47. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)	Welche Erfahrungen und Reaktionen von betroffenen Frauen, Gewerkschaften und Verbänden verzeichnet der Arbeitsstab Frauenpolitik auf das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz?
48. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)	Welche Probleme stehen nach den Erfahrungen des Arbeitsstabs Frauenpolitik der Bereitschaft der Frauen entgegen, im Rahmen des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes für ihre dort verankerten Rechte einzutreten?
49. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Liegen dem Arbeitsstab Frauenpolitik bereits Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang die Vorschriften des § 611 b BGB (Stellenausschreibung) und Artikel 2 des EG-Anpassungsgesetzes (Aushang der Gleichbehandlungsvorschriften im Betrieb) beachtet werden?

50.	Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Gibt es aus der Tätigkeit des Arbeitsstabs Frauenpolitik Erkenntnisse darüber, daß sich bestehende Beschäftigungsverbote und Arbeitsschutzbestimmungen auf die berufliche Tätigkeit der Frauen nachteilig auswirken, und welche Lösungsmöglichkeiten zur Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben sieht die Bundesregierung z. B. durch Individualisierung des Arbeitsschutzes und gleiche Anwendung des individuellen Gesundheitsschutzes für Männer und Frauen?
51.	Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)	Welche Maßnahmen hat der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit seit seinem Bestehen durchgeführt, veranlaßt oder eingeleitet, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Aktivitäten im Hinblick auf die an den Arbeitsstab geknüpften Erwartungen?
52.	Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung Arbeitsprogramm und Prioritäten des Arbeitsstabs Frauenpolitik, und ist beabsichtigt, über die Aktivitäten des Arbeitsstabs dem Deutschen Bundestag zu berichten?
53.	Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht der Arbeitsstab Frauenpolitik, es Männern und Frauen besser zu ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren, und ist nach Auffassung des Arbeitsstabs Frauenpolitik Teilzeitarbeit ein Lösungsansatz?
54.	Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD).	Wie viele betroffene Frauen haben sich mit Eingaben und der Bitte um Hilfe an den Frauenstab beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit seit seiner Einrichtung gewandt, welche Inhalte wurden im wesentlichen vorgetragen, und auf welchen Gebieten konnte der Frauenstab helfen?
55.	Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)	Hält es die Bundesregierung für angebracht, die unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten des Arbeitssabs Frauenpolitik beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in der Öffentlichkeit zu verstärken, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Tätigkeit dieses Arbeitsstabs auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen?
56.	Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Ist der Arbeitsstab Frauenpolitik in der Lage, einen Bericht über die Repräsentanz von Frauen in obersten Bundesbehörden unter quantitativen und qualitativen Aspekten vorzulegen, der auch konkrete Vorschläge enthält, wie der berufliche Aufstieg von Frauen beispielhaft gefördert werden kann?
57.	Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Was hat der Arbeitsstab Frauenpolitik unternommen, um die Situation der berufstätigen Frauen in den Familien zu verbessern und damit die Vereinbarkeit der Arbeit in Beruf und Haushalt herzustellen?
58.	Abgeordnete **Frau Zutt** (SPD)	Überprüft der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Gesetze und Maßnahmen im Hinblick auf ihre Wirkung und Bedeutung für Frauen, und welche Erfahrungen liegen ihm darüber vor?

59. Abgeordnete **Frau Schmedt (Lengerich)** (SPD)	In welchem Umfang hat der Arbeitsstab Frauenpolitik Einwirkungsmöglichkeiten auf Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen von Frauen nehmen können?
60. Abgeordnete **Frau Luuk** (SPD)	In welchen Bundesländern sind Gleichstellungsstellen oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen worden, und wie stellt sich die Zusammenarbeit dieser Stellen mit dem Arbeitsstab beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit dar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

61. Abgeordneter **Dr. Bugl** (CDU/CSU)	Wie hoch sind insbesondere die Kosten für Renovierung und Ausstattung des Ministerbüros im Bundesverkehrsministerium seit 1. Januar 1980 bis heute, und wofür wurden die Gelder im einzelnen verwendet?
62. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Durch welche neuen behindertengerechten Bauten und andere Maßnahmen werden im „Jahr der Behinderten" die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost den Schwerbehinderten in Schleswig-Holstein die Inanspruchnahme erleichtern?
63. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wieviel neue Parkplätze wird die Deutsche Bundesbahn in den nächsten vier Jahren in unmittelbarer Nähe der schleswig-holsteinischen Bahnhöfe einrichten mit dem Ziel, das Umsteigen vom privaten Personenkraftwagen auf die Deutsche Bundesbahn zu erleichtern, und ist die Deutsche Bundesbahn der Auffassung, daß z. B. die in Rendsburg vorgesehenen Parkplätze ausreichen, den kombinierten Verkehr zu fördern?
64. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung die besonders in der Dunkelheit äußerst mangelhafte Kennzeichnung der Bahnhofsstationen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Aussteigen auf falschen Stationen und dem Versuch des Wiedereinsteigens bei automatischen Wagentüren zu schweren Unfällen geführt hat, und ist sie bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, diesem Mangel abzuhelfen?
65. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Wie läßt sich die Aussage des Bundeskanzlers vor einiger Zeit, die Bundesrepublik Deutschland sei das reichste Land der Welt und es wären genügend finanzielle Reserven verfügbar, in Einklang bringen mit der Erklärung des jetzigen Bundesverkehrsministers vom Januar 1981, aus finanziellen Gründen müßte der Autobahnbau und der Fernstraßenbau eingeschränkt werden, weil der Fernstraßenplan sich mangels Finanzmasse nicht mehr verwirklichen lasse?
66. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Treffen Informationen zu, daß beim Neubau der Grünthaler Hochbrücke im Kreis Rendsburg – Eckernförde keine Eisenbahnschienen eingeplant werden sollen, so daß die Deutsche Bundesbahn die Strecke Neumünster – Heide stillegen kann,

und wird die Bundesregierung bejahendenfalls diese Planungen angesichts der Forderung, aus Energieersparnisgründen den Individual- bzw. Güterverkehr mehr als bisher auf die Schienen zu verlagern, revidieren?

67. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, um wieviel Prozent die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr steigen werden, wenn nach Streichung der Gasölbetriebsbeihilfe der Ausfall voll auf die Fahrpreise umgelegt wird?

68. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Luftverkehrsverbindung von und nach Berlin als dem einzig freien Zugang ein besonderer Stellenwert zukommt, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die erneute Anhebung der Flugpreise durch die alliierten Luftfahrtgesellschaften um 7,5 v. H.?

69. Abgeordneter **Dr. Hackel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese erneute Erhöhung der Flugpreise nachteilige Auswirkungen auf das gesamte Fluggastaufkommen befürchten läßt, weil sich die Schere zwischen dem Flugpreis und den gewährten Subventionen stetig weiter öffnet, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

70. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Rückgang des Charterverkehrs in Berlin-Tegel vor dem Hintergrund der allgemeinen Preisentwicklung und der Dumpingkonkurrenz in Berlin-Schönefeld?

71. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Wann wird die Linienbestimmung nach § 16 des Bundesfernstraßenbaugesetzes für die A 31 in den Bereichen Bottrop, Oberhausen, Mülheim, Essen und Mettmann durch Weisung der Bundesregierung aufgehoben?

72. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Verkehrsausschuß und der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen anstelle der aufgehobenen A 31 Ersatz schaffen wollen durch eine Landstraße im Linienbereich der aus dem Bedarf gestrichenen A 31 mit Trassierungs- und Ausbauelementen einer Bundesstraße?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

73. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die verschiedentlich angekündigte Überprüfung der schematisch bzw. technisch abgegrenzten Nahbereiche des Telefonnetzes vorzunehmen im Blick auf gewachsene oder im Zuge von Verwaltungsreformen erfolgte Zuordnungen von Siedlungsräumen an von der Raumordnung gebotene und von der jeweiligen Landesplanung bestätigte zentrale Orte?

74. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Telefongespräche von und nach Berlin künftig nicht mehr abgehört werden können?

75. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Postgewerkschaft (siehe Deutsche Post vom 5. Februar 1981), wonach die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Becker in der Fragestunde vom 18. Dezember 1980 falsch gewesen sein soll, die besagte, daß „den Beamten nach eindeutiger Rechtslage kein Streikrecht zusteht"?

76. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Haben sich die Postbeamten am Streik wegen des Schichtdienstes oder an Maßnahmen, die diesen Streik unterstützen sollten, beteiligt, und wenn ja, wie viele?

77. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Gegen wie viele Beamte, die sich an dem Streik beteiligt und damit ihre Dienstpflicht verletzt haben, sind Disziplinarmaßnahmen eingeleitet worden und mit welchem Ergebnis?

78. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Haben Dienstvorgesetzte der Deutschen Bundespost nachgeordnete Stellen rechtswidrig angewiesen, keine Disziplinarmaßnahmen einzuleiten oder weiter zu verfolgen, wenn ja, welche und in wieviel Fällen?

79. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist bei Beamten, die gestreikt haben, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften eine Gehaltskürzung vorgenommen worden, oder sind gesetzwidrig für diese Zeit Gehälter weitergezahlt worden?

80. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Zu wieviel Prozent befördert die Deutsche Bundespost auf weiten Strecken ihre Güter wie Briefe und Pakete mit ihren eigenen Lastkraftwagen und Kombis, und wie hoch sind allein die Treibstoffkosten, die hierfür benötigt werden?

81. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Sind schon Überlegungen und Berechnungen angestellt worden, die Postgüter wie früher im Verbund mit der Deutschen Bundesbahn wieder auf der Schiene zu transportieren, um die Deutsche Bundesbahn aus wirtschaftlichen Gründen mehr auszulasten, diese Fahrzeuge von den Straßen wegzubekommen und Kraftstoff zu sparen?

82. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Postsendungen des PEN Zentrums in der Bundesrepublik Deutschland an inhaftierte Regimekritiker in der UdSSR „verloren" gehen und daß sich die Postverwaltung Bremen sehr zurückhaltend im Versuch der Aufklärung solcher Vorgänge verhält, und wie wird sich die Bundesregierung im Fall künftiger gleicher Vorgänge verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

83. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in § 11 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Entwurfs einer Verordnung über Heizkostenabrechnung — HeizkostenV (BR-Drucksache 632/80) umschriebene Ausnahme unverhältnismäßig hoher Verteilungskosten beim Wärmeverbrauch zur Nichtanwendbarkeit der Verordnung für die meisten Einfami-

lienhäuser mit Einliegerwohnung führt, weil die Wohnfläche der fremdvermieteten Einliegerwohnung oft nur ein Drittel oder weniger der Wohnfläche der eigengenutzten Hauptwohnung ausmacht, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung bereit, im Interesse der Rechtsklarheit den Katalog der Ausnahmen um diesen Tatbestand ausdrücklich zu erweitern?

84. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Hat die Bundesregierung schon wegen einer Fortschreibung des Energieeinsparprogramms Gespräche mit den Ländern aufgenommen, und welche Änderungsnotwendigkeiten bestehen aus der Sicht der Bundesregierung bei einer eventuellen Fortschreibung dieses Programms?

85. Abgeordnete **Frau Geiger** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Wohngeldgesetz dahin gehend zu ändern, daß die Höchstbeträge für die zuschußfähige Miete nicht allein von der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde abhängig gemacht wird, sondern daß auch dem Umstand Rechnung getragen wird, daß z. B. kleine Gemeinden in Fremdenverkehrsgebieten wegen der hohen Baulandpreise häufig höhere Mieten als Millionenstädte haben, die von jungen einheimischen Familien nicht mehr gezahlt werden können?

86. Abgeordnete **Frau Roitzsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, das Wohngeld für Alleinerziehende über die soeben erfolgte Erhöhung hinaus anzuheben, da alleinerziehende Väter und Mütter finanziell ohnehin sehr viel stärker belastet sind?

87. Abgeordnete **Frau Roitzsch** (CDU/CSU)

Um wieviel Prozent hat sich der gesamte Mietwohnungsbau seit 1973 reduziert, und um wieviel Prozent ist der soziale Mietwohungsbau in diesem Zeitraum zurückgegangen?

88. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Erachtet die Bundesregierung zum Abbau der Wohnungsnot ein Sofortprogramm von 100 000 öffentlich geförderten Wohnungen für notwendig, wie am 6. Februar vom Präsidenten des Deutschen Mieterbunds, Gerhard Jahn, in Köln gefordert, und wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kosten eines solchen Sofortprogramms?

89. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die am vergangenen Wochenende vom Bundesbauminister in einem Interview vertretene Ansicht, die Bundesbürger müßten sich auf höhere Mieten einstellen, nur auf diese Weise könne das Wohnungsproblem in der Bundesrepublik Deutschland entschärft werden (vgl. Frankfurter Neue Presse vom 9. Februar 1981)?

90. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß die Zahl der Hausbesetzungen in den einzelnen Städten der Bundesrepublik Deutschland derzeit ist und in wessen Eigentum (gegliedert nach öffentlich-rechtlichen Körperschaften, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, sonstigen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Eigentümern) sich diese Häuser befinden?

91. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß die Zahl der leerstehenden Wohnungen in diesen Städten (gegliedert nach öffentlich-rechtlichen Körperschaften, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, sonstigen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Eigentümern) ist und wie lange die Wohnungen bereits leerstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

92. Abgeordneter **Repnik** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach in der Zollverwaltung für die Beurteilung von Beamten Aufgriffslisten mit namentlicher Angabe der Beamten angefertigt werden und diese dazu dienen, bei der Beförderung von Beamten als Leistungskriterium herangezogen zu werden, obwohl dieses Vorgehen im Widerspruch zu den Richtlinien für die Beurteilung der Beamten der Zollverwaltung vom 24. März 1976 steht, wonach eine Anwendung zusätzlicher Beurteilungskriterien, die in den Richtlinien nicht vorgesehen sind, als unzulässig angesehen wird?

93. Abgeordneter **Repnik** (CDU/CSU)

Ist dadurch nicht zu befürchten, daß die Zielsetzung der Beurteilungsrichtlinien, nämlich eine gleichmäßige und gleichwertige Bewertung aller Beamten sicherzustellen, gefährdet wird und darüberhinaus die Beamten zu übertriebenen Aktivitäten bei der Überprüfung von Reisenden angehalten werden und bei auch nur geringfügiger Überschreitung der Mindestmenge ein Aufgriff gemacht wird, der von den betroffenen Bürgern als Schikane empfunden wird?

94. Abgeordneter **Dr. Bugl** (CDU/CSU)

Welche Ministerbüros in Bonner Bundesministerien wurden im Jahr 1980 renoviert und ausgestattet, und welche Kosten sind hierbei im einzelnen entstanden?

95. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

In welcher Weise müssen Sparkassen mit einer deutlichen Wettbewerbsbenachteiligung zu anderen Kreditinstituten (Großbanken und Kreditgenossenschaften) rechnen, wenn demnächst die Sparkassen im Rahmen des Subventionsabbaugesetzes einer höheren Besteuerung unterliegen sollen?

96. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hätte in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Bundesregierung, Deutsche Bundesbank und Bundesaufsichtsamt nach wie vor eine Anrechnung der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast (Quantifizierung der Gewährträgerhaftung) beim Eigenkapital ablehnen, für den Ausgleich der Eigenkapitalausstattung der Sparkassen in Anbetracht der angespannten finanziellen Lage der Kommunen?

97. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, die Zukunft der Stuttgarter Weißenhof-Siedlung, insbesondere deren Wiederherstellung und Erhaltung als Baudenkmal internationalen Ranges zu sichern?

98. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die beteiligten und interessierten Stellen, insbesondere die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg, die Architektenkammer Baden-Württemberg, den Verein der Freunde der Weißenhof-Siedlung u. a. m. zu einem gemeinsamen Gespräch über die Zukunft der Siedlung einzuladen?

99. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Abschaffung der Lohnsummensteuer im Jahre 1980 zu einer Stabilisierung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Kommunen geführt hat, die bisher diese Steuer erhoben haben?

100. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die als „Arbeitsplatzvernichtungssteuer" apostrophierte Lohnsummensteuer in der Vergangenheit tatsächlich Unternehmen daran gehindert hat, zu investieren und ist es belegbar, daß Kommunen mit Lohnsummensteuer und Kommunen ohne Lohnsummensteuer eine unterschiedliche Entwicklung hinsichtlich der Arbeitsplätze nahmen?

101. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund hält die Bundesregierung es für richtig, die Zahlungen für den EG-Nachtragshaushalt 1980 zu verweigern, obgleich sie dazu nach dem EG-Vertrag verpflichtet ist, und hat die Bundesregierung keine Bedenken, daß dieses Verhalten dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Europa schaden könnte?

102. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie hoch ist nach Auffassung der Bundesregierung die steuerliche Mehrbelastung des Friseurhandwerks durch die Einbeziehung kosmetischer Produkte in das geplante Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981, und welche Konsequenzen hat dies für die wirtschaftliche Lage des Friseurhandwerks und für die Arbeitsmarktlage der dort beschäftigten etwa 200 000 Menschen?

103. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Verbraucher auf die durch die Erhöhung der Alkoholsteuer bedingten Preiserhöhungen für kosmetische Produkte mit Konsumverzicht reagieren und daß sich hieraus Mindereinnahmen für den Haushalt ergeben, die den Absichten der geplanten Steueranhebung zur Einnahmenverbesserung zuwiderlaufen?

104. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Haben die Zollfahndungsämter im Raum Baden-Württemberg (Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart) seit meiner letzten Anfrage im August 1979 Überprüfungen von Meßanlagen bei den für die Heizöllieferung eingesetzten Tankfahrzeugen durchgeführt, und welche Mängel wurden dabei festgestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

105. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob das bei der Kohleförderung anfallende Bergematerial außerhalb von Orten der Förderregion Ruhrgebiet abgelagert werden könnte, oder ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung diese Frage zur Entlastung der genannten Region prüfen zu lassen?

106.	Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, einen Forschungsauftrag für die Ablagerung von Bergematerial zu erteilen, und in welchem Zeitraum kann gegebenenfalls mit einer Auftragserteilung gerechnet werden?
107.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Öl- und Gassuche in der Nordsee auf europäischer Ebene zu koordinieren (und gegebenenfalls zu finanzieren), und zu welchen Ergebnissen hat dies geführt?
108.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen auch von US-Seite, den Gastransport aus der nördlichen Nordsee – vornehmlich aus Sicherheitsgründen – nicht per Pipeline, sondern durch Flüssiggastanker vornehmen zu lassen?
109.	Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Aus welchen Gründen kam das ursprünglich geplante Bund-, Länder-Fernwärmeprogramm bisher nicht zustande, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieses Programm noch 1981 in Gang zu setzen?
110.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß beim Abschluß des Stahlkartells in Brüssel im EG-Ministerrat beschlossen wurde, Anfang 1981 die Erfolge der Modernisierung und Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie in einer Sondersitzung zu prüfen, und kann die Bundesregierung den Termin dieser Sitzung bestätigen?
111.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Mit welchem Konzept will die Bundesregierung dafür sorgen, daß nach dem Auslaufen des Stahlkartells Ende Juni 1981 die Subventionen für unrentable Hüttenwerke in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft eingestellt werden, damit wieder die Gesetze der Marktwirtschaft zur Anwendung kommen?
112.	Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Haben die seit dem 1. Januar 1981 geltenden neuen Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums zur Förderung von Unternehmensberatungen für kleine und mittlere Unternehmen die unterschiedlichen wettbewerblichen Ausgangspositionen zwischen dem institutionalisierten Beratungswesen und freiberuflichen Unternehmensberatern beseitigt?
113.	Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um zu erreichen und zu gewährleisten, daß die Beratungsleistungen freiberuflicher Unternehmensberater steuerlich genau so behandelt werden wie die Beratungsleistungen des institutionalisierten Beratungswesens?
114.	Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, unter welchen Bedingungen und in welcher Höhe eine Bürgschaft fällig wird, die das Land Nordrhein-Westfalen zum Block A des Kohlekraftwerks Voerde übernommen hat, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls an einer Absicherung dieser Bürgschaft beteiligt?

115. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Bürgschaften aus öffentlichen Geldern des Bundes gegen politisch begründete Risiken innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland gewährt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

116. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß Wehrpflichtige in über 400 km entfernte Standorte einberufen werden, von denen aus sie für die Heimfahrt mehr als zehn Stunden Fahrzeit benötigen, oft bei fehlenden öffentlichen Verkehrsverbindungen am Wochenende?

117. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diese Belastungen für Wehrpflichtige aus verkehrsungünstig gelegenen Ortschaften des ländlichen Raums zu beseitigen?

118. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Aufforderung Bundeskanzler Schmidts in seiner Regierungserklärung, auch für Mädchen genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen, zu unternehmen, damit das auch von der Bundeswehr anerkannte bildungspolitische Ziel, die vorhandenen (zivilen) Ausbildungsplätze grundsätzlich geeigneten männlichen und weiblichen Bewerbern in gleicher Weise zur Verfügung zu stellen, realisiert werden kann und Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz nicht mit Hinweis auf fehlende sanitäre Einrichtungen abgelehnt werden können?

119. Abgeordneter **Schmitt (Wiesbaden)** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei der Entscheidung, nach der 1981 erstmals Fahrzeuge der Bundeswehr nicht mehr für die Fastnachtszüge in Mainz und Wiesbaden zur Verfügung gestellt werden dürfen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

120. Abgeordneter **Schmitt (Wiesbaden)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Regelung weder bei der Bevölkerung noch bei den Angehörigen der Bundeswehr auf Verständnis stoßen wird?

121. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Auftreten des Generalmajor a. D. Bastian bei den in den Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung eindeutig als DKP-beeinflußt bezeichneten Organisationen eine Verletzung der Dienstpflichten, und wenn ja, welche disziplinarischen Maßnahmen wird sie ergreifen?

122. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wurden vor der Entscheidung des Bundesverteidigungsministers, den nachgeordneten Verbänden und Einheiten der 1. Gebirgsdivision den Traditionsnamen zu nehmen, die betroffenen Befehlshaber, Kommandeure, Einheitsführer und Soldaten gehört, und wenn nein, warum hat der Bundesverteidigungsminister Anhörungen und Diskussionen der Truppe über öffentliche Gelöbnisse und Großen Zapfenstreich angeordnet, solche Anordnungen aber unterlassen, wo die Soldaten von Anordnungen des Bundesministeriums unmittelbar berührt sind?

123. Abgeordneter **Rossmanith** (CDU/CSU)

Haben die zahlreichen Proteste der Bevölkerung, vieler Bürgermeister und der betroffenen Soldaten die Bundesregierung dazu veranlaßt, die Abschaffung der Bezeichnung „Gebirgstruppen" für viele Einheiten und Verbände im süddeutschen Raum zu überdenken und vielleicht sogar Abstand von dieser Maßnahme zu gewinnen?

124. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist es nach Meinung der Bundesregierung der Tradition und der Traditionspflege in der Bundeswehr förderlich, wenn sie nun beginnt, die traditionsreiche und im Bewußtsein der Bevölkerung verankerte Bezeichnung der „Gebirgstruppen" abzuschaffen?

125. Abgeordnete **Frau Geiger** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung ausgerechnet zu einem Zeitpunkt ideologisch bestimmter Auseinandersetzungen über Sicherheit und Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland die Absicht, den traditionsreichen und im süddeutschen Raum zum Alltag der Bürger gehörenden Begriff wie „Gebirgstruppen" auszumerzen?

126. Abgeordneter **Sauter (Ichenhausen)** (CDU/CSU)

Womit begründet die Bundesregierung die geplante Umbenennung der 1. Gebirgsdivision in „8. Gebirgsdivision" und den gleichzeitigen Wegfall der Bezeichnung „Gebirgs" für viele Truppenteile, obwohl diese in der Gebirgsdivision verbleiben?

127. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung, daß sich die Verbände und Einheiten der 1. Gebirgsdivision besonderer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreuen, und wenn ja, warum verzichtet sie trotz der Proteste der Öffentlichkeit wie der Soldaten nicht auf die Abschaffung dieses eingeführten und traditionsreichen Namens?

128. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage des Bundesverteidigungsministers, Dr. Apel, in seiner Rede vor dem Plenum des Bundestages, es gebe kein Verbot an Einheitsführer der Bundeswehr, Gelöbnisse in der Öffentlichkeit durchzuführen, und der Tatsache, daß die Inspekteure des Heeres und der Luftwaffe bereits Anfang Dezember 1980 die öffentlichen Gelöbnisse sowie den Großen Zapfenstreich untersagt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

129. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die Aussage des neuen Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Staatssekretär Bölling, sein erstes Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker sei „durch eine Sprache der Klarheit charakterisiert gewesen", und es sei „sehr wichtig, daß zwischen den beiden Staaten in Deutschland nichts vernebelt wird", daß der Staatssekretär den Staatsratsvorsitzenden auf die auch nach acht Jahren Grundlagenvertrag noch immer fortbestehende menschenrechtswidrige Situation an der innerdeutschen Demarkationslinie hingewiesen und auf die Beseitigung der Sperranlagen gedrängt hat?

130. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die „Sprache der Klarheit“, von der nach Aussage von Staatssekretär Bölling sein erstes Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker charakterisiert war, daß er den Staatsratsvorsitzenden auf die Verletzung der vertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durch die Erhöhung des Zwangsumtauschs für Reisende in die DDR und nach Berlin (Ost) hingewiesen und auf die Rückgängigmachung dieser Vertragsverletzung gedrängt hat?

131. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahr 1980 von den Behörden der DDR inhaftiert, angeklagt und verurteilt worden, und wie hoch ist der Strafmaßrahmen gewesen?

132. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse haben die Bemühungen der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers, gezeitigt, einen Zusammenhang zwischen Flugpreis, Subvention und der Qualität des Flugangebots in bezug auf Frequenzen, Service und Leistung herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

133. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Forschung und Technologie, der ausweislich des Protokolls der 2. Sitzung des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie erklärte, „die Schwächung des naturwissenschaftlichen Unterrichts und der naturwissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen ist sehr bedenklich“ und sich selbst fragte, „ob wir genügend für Ausbildung und Fortbildung tun“?

134. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ist die Bundesregierung bereit, auf Grund dieser Einlassung des Bundesministers für ihre Politik im Hochschulbereich zu ziehen?

135. Abgeordnete **Frau von Braun-Stützer** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die geplante Auflösung der Pädagogischen Hochschulen in Esslingen und Lörrach im Hinblick auf bisherige Bemühungen von Bund und Ländern – wie etwa dem Programm der Regierungschefs vom 4. November 1977 – für die geburtenstarken Jahrgänge, möglichst alle Ausbildungskapazitäten auszubauen und auszuschöpfen?

136. Abgeordnete **Frau von Braun-Stützer** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, bei einer endgültigen Schließung der im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau geförderten Pädagogischen Hochschulen Esslingen und Lörrach rechtliche und finanzielle Konsequenzen gegenüber dem Land Baden-Württemberg zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

137. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß die Bundesregierung auf eine Inanspruchnahme der Verursacher für den Schaden, der wegen der Beteiligung an illegalen Waffengeschäften in den 60er Jahren entstanden ist, verzichtet hat, obwohl nach

der für den Vergleich mit der Fa. Merex AG herangezogenen Rechtsgrundlage des § 839 BGB in Verbindung mit Artikel 34 des Grundgesetzes ein solcher Rückgriff bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit vorbehalten bleibt?

138. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Umsatzsteuerbeträge sind für die illegalen Waffengeschäfte der Fa. Merex AG in den 60er Jahren insgesamt rückvergütet worden?

139. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den deutschsprachigen Zeitungen in Nordamerika regelmäßig kostenlos das Bulletin der Presseagentur der DDR zugeht, während gleichzeitig der Bezug von Presseagenturen der Bundesrepublik Deutschland mit hohen Eigenkosten verbunden ist, und besteht die Möglichkeit, durch Unterstützung seitens der Bundesregierung wenigstens den Bezug einer Presseagentur den deutschprachigen Zeitungen kostenlos zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

140. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Meldungen über die Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der demokratischen Rechte in der Türkei – einem Mitglied des Europarats und der NATO – durch die türkische Militärregierung bestätigen, auf die hiesige türkische Staatsangehörige durch ihren Hungerstreik in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam machen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, weitere wirtschaftliche und militärische Hilfeleistungen der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei mit der Forderung nach Sicherung der Menschenrechte zu verbinden?

141. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß ausländische Touristen in der Türkei inhaftiert und mißhandelt wurden?

142. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Sicherheit von Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland in der Türkei gewährleisten?

143. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die im „Spiegel" veröffentlichte Auffassung (Nummer 7 vom 9. Februar 1981, Seite 110 f.), daß eine Europäisierung der Atomkriegsgefahr drohe, die es dem amerikanischen Präsidenten erlaube, „offensiver mit der nuklearen Abschreckung zu hantieren, weil das amerikanische Territorium selbst bei einem atomaren Schlagabtausch in Europa nicht mehr unmittelbar und automatisch gefährdet wäre", und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Gefährdung zu tun?

144. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß seit 1978 die von den polnischen und sowjetischen Behörden erteilten Ausreisegenehmigungen an übersiedlungswillige Deutsche stark rückläufig sind?

145. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Welche Gründe sind bejahendenfalls hierfür vorhanden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um möglichst allen aussiedlungswilligen Deutschen die entsprechende Möglichkeit zu eröffnen?

146. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik die deutsche „Michael-Grzimek-Schule“ in Nairobi und das dazugehörige Internat finanziell zu unterstützen, damit diese Institution nicht auf Grund finanzieller Probleme den Schulbetrieb einstellen muß, und dadurch 220 Schülern aus Ost- und Zentralafrika die Möglichkeit genommen wird, eine Schulbildung nach deutschem Muster zu erhalten?

147. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der militärischen Besetzung des Gebäudes der nicaraguensischen Menschenrechtskommission „Comision Permanente des Derechos Humanos des Nicaragua“ unter Anführung durch den Justizminister Ernesto Castillo und den Polizeichef Managuas Henrique Schmidt, der Beschlagnahme aller Akten und dem Verbot der weiteren Arbeit der Menschenrechtskommission einen ernsten Vorgang, der nicht ohne Folgen für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Nicaragua bleiben kann, und wird die Bundesregierung den Vorfall mit Comandante Arce bei seinem bevorstehenden Besuch in Bonn in aller Klarheit ansprechen?

148. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, finanzielle Leistungen an Nicaragua solange zu suspendieren, bis die Menschenrechtskommission ihrer dringenden und wichtigen Arbeit wieder ungehindert nachgehen kann?

149. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung nach den Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages am 11. Februar 1981 auf den FDR-Vorsitzenden Ungo einwirken, sein Verhalten zu ändern, nachdem er bisher alle Angebote von Präsident Duarte zum Dialog abgelehnt hat?

150. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung starke Anzeichen dafür, daß Ostblockstaaten über Kuba und Nicaragua Waffen nach El Salvador liefern, und was ergibt sich im einzelnen aus diesen Unterlagen?

151. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre im Auswärtigen Ausschuß am 11. Februar 1981 bekanntgegebene Beurteilung der demokratischen Integrität des Präsidenten der revolutionären Regierungsjunta El Salvadors, José Napoleon Duarte, öffentlich zu wiederholen?

152. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung eine weitergehende Agrarreform bekannt, als sie derzeit in El Salvador durchgeführt wird, und wenn ja, welche?

153. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Informationen, daß die Verstaatlichung der Banken in El Salvador bereits vorgenommen worden ist, und hält sie einen solchen Schritt für ein wirksames Mittel zur Entmachtung der dort bis zum 15. Oktober 1979 herrschenden Oligarchie?

154. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Verstaatlichung des Außenhandels El Salvadors?

155. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die FDR-Vertreterin Ana Guadalupe Martinez schon vor mehr als einem Jahr öffentlich im Fernsehen und anschließend auch in einem Buch damit geprahlt hat, sie selbst habe bereits mehr als 25 salvadorianische Polizeibeamte umgebracht, und hält die Bundesregierung es für angebracht, einer solchen Mörderin hochrangige Gesprächspartner zur Verfügung zu stellen?

156. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Mit welchem Ergebnis ist die Bundesregierung Hinweisen nachgegangen, ein Mitglied der FDR-Vertretung in Bonn gehöre zur kommunistischen Terrororganisation FAPU?

Bonn, den 13. Februar 1981

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838